

## Tätigkeitsbericht 2017

Die Kommission Sucht und Drogen (KSD) konnte 2017 mit stabiler personeller Besetzung die vielschichtige Arbeit fortführen. Allen Mitgliedern ist für ihren Einsatz und ihre Mitarbeit in der Kommission wie in Arbeitsgruppen bei der Diskussion und Erarbeitung von Stellungnahmen, Positionspapieren, Veröffentlichungen und anderen Aktivitäten zu danken.

Es fanden 2017 vier Sitzungen statt, die folgende inhaltliche Schwerpunkte bearbeiteten: Illegale Drogen – insbesondere Cannabisverbreitungsgesetz, S3-Leitlinie methamphetaminbezogener Störungen und die neue RiliBÄK substituionsgestützter Behandlung Opioidabhängiger, die sämtlich in jeder Sitzung thematisiert wurden. Im Ergebnis kamen, teilweise durch kurzfristig eingerichtete Arbeitsgruppen unterstützt, mehrere Veröffentlichungen zum Cannabisthema, Rezensionen, Leserbriefe im „Ärztblatt Sachsen“ aus gemeinsamer Arbeit der Kommissionsmitglieder zustande. Dem Präsidenten, der dem Ausschuss Sucht und Drogen der Bundesärztekammer vorsitzt, konnten wir Positionspapiere zur S3-Leitlinie und der neuen Substitutionsrichtlinie zur Verfügung stellen. Zu Letzterer werden wir uns sicher noch 2018 erneut positionieren, wenn noch mehr Praxiseindrücke aus ihrer Umsetzung vorliegen. Durch entscheidende logistische Hilfe der Rechtsabteilung wurde vorangebracht, mit Unterstützung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz, Weiterbildungsveranstaltungen zwischen Richtern und Chefärzten psychiatrischer Kliniken vorzubereiten und anzusetzen. Die erste Zusammenkunft findet am 24.4.2018 in der Kammer statt. Das Thema Zwangsbehandlung und Freiheit psychisch Schwerkranker in der Psychiatrie hat im Zuge der Umsetzung des SächsPsychKG nach seiner letzten Novelle mittlerweile unmittelbare Auswirkung auf die Personalakquise im Fach Psychiatrie/Psychotherapie und drängt bei allen Patientengruppen stationärer Psychiatrie sehr, nicht nur in der Suchtpsychiatrie, weil medikamentöse Behandlung mit Psychopharmaka nicht indikationsgerecht frühzeitig zugelassen wird zu Gunsten physischer Fesselungen. Die nützlichen Treffen zwischen Richtern und Chefärzten werden nur möglich, weil sich kammerseitig neben der Rechtsabteilung, Dr. jur. Alexander Gruner, dem Referat Fortbildung und der Kommission auch zuständige Vertreter des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz stark engagierten.

Wiederholt wurde von verschiedenen Kommissionsmitgliedern, die in der Patientenversorgung tätig sind, auf den ausgeprägten ärztlichen Bewerbermangel hingewiesen, der neben schon aufgezeigten fachlichen Spannungen besonders aus dem Rückgang der Studienplätze für Humanmedizin um über 1/3 seit 1990 resultiert. Die Kommission hat das zu unterschiedlichsten Gelegenheiten immer wieder thematisiert. Eine Aufstockung von Studienplätzen für Humanmedizin in Deutschland ist bisher trotz Klagen über diesen Mangel nicht zu verzeichnen.

Strukturbildend hat sich die Kommission für die Etablierung des Modells „Zwischenstopp“ eingesetzt. Sie konnte für die Sicherung dessen Finanzierung auch unseren Präsidenten für eine unterstützende Stellungnahme an das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz gewinnen. Bei „Zwischenstopp“ geht es um die Förderung des Wiedereintritts in die Arbeitswelt für Suchtkranke, solange unmittelbare rehabilitative Behandlung nicht läuft. Von uns wurde auch die Schaffung von zunächst

52 Plätzen für junge Crystal-Meth-Abhängige in Wohnstätten Sachsens unterstützt. Eine erste Einrichtung wird vermutlich in Zittau 2018 in Betrieb gehen. Für die Unterstützung suchtkranker Ärzte Sachsens konnte in Leipzig eine zahnärztliche Kollegin als Leiterin einer Selbsthilfegruppe gewonnen werden, in der betroffene Ärzte sich gegenseitig helfen können.

Für die Weiter- und Fortbildung der Ärzte fand von uns initiiert am 20.05.2017 in der Kammer eine Tagung über die neuen psychoaktiven Substanzen (NPS) und das (FAS) im Vollbild sowie die fetalen Alkoholspektrumsstörungen statt. Im September 2017 unterstützten Kommissionsmitglieder und weitere Kollegen über eine Woche täglich Diskussionsrunden nach einem Theaterstück, in dem auf sehr lebendige und eindrucksvolle Art und Weise die Entwicklung von Drogenabhängigkeit bis zum Scheitern der Betroffenen illustriert wurde, weil Abstinenz nicht erreicht wurde. Circa 400 Jugendliche und Erwachsene in Dresden sahen die Aufführungen und beteiligten sich an den Diskussionen. Das Stück trug den Titel „Welche Droge passt zu mir?“. Diese Aktionen waren möglich aufgrund der guten Kooperation mit dem Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Sächsischen Landesärztekammer. Dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz konnten wir Unterstützung bei der Beantwortung einer Anfrage der Grünen Fraktion im Sächsischen Landtag 2017 zur „Crystal-Problematik“ geben, wobei wir unsere zahlreichen Aktivitäten der letzten Jahre zusammengefasst mitteilten. Weiter war Dr. Thomas Barth (Chemnitz) von der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtags als Gutachter eingeladen für eine Anhörung zu dem Antrag der Opposition, Drogenkonsumräume in Leipzig zeitnah zu errichten. Er konnte die fundierte Gegenposition darstellen. Der Antrag wird nicht weiterverfolgt.

Vor dem Jahresende wurden wir von Apothekerseite und Kollegen zu dem Thema Cannabis-Patientenausweis angefragt. Nach Abstimmung in der Kommission Sucht und Drogen erarbeiteten Herr Hückel und ich eine kurze Stellungnahme, die im „Ärztblatt Sachsen“, Heft 2/2018, veröffentlicht werden wird, um die sächsische Ärzteschaft vor der fragwürdigen Anwendung zu warnen.

Für das Jahr 2018 sehen wir bislang folgende Schwerpunkte: Das Cannabisthema wird uns weiter beschäftigen. Es muss aufgrund der Fülle neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse dringend auf eine Novelle des missratenen Cannabisverbreitungsgesetzes vom 19.01.2017 hingearbeitet werden. Für die sächsische Ärzteschaft ist außerdem eine Weiterbildung zum Cannabisthema mit brandaktuellen Inhalten in Vorbereitung. Einer Freigabe von Cannabis in Deutschland ist auf das Schärfste zu begegnen.

Die S3-Leitlinie Methamphetaminbezogener Störungen sollte ebenfalls eine Aktualisierung erfahren, insbesondere in den Problemerkissen „Schadensminderung“ und „abhängige Mütter und Kind“. Hierzu ist die epidemiologische Entwicklung genau zu verfolgen. Schon 2016/2017 unterfielen eine steigende Zahl von Kindern der Unterbringung in Heimeinrichtungen oder Pflegefamilien.

Die neue Richtlinie zur substitutionsgestützten Behandlung Opioidabhängiger wird in ihrer Wirkung genau zu verfolgen sein. Hier wird es um die Entwicklung des Opioidkonsums und der Opioidabhängigkeit in Deutschland gehen, wobei unsere Aufmerksamkeit durch die Entwicklung in den USA für Warnzeichen nur geschärft wird. Dort gibt es wegen laxen Umganges mit Opioiden, die sich seit Jahren ereignete, einen exzessiven Anstieg an Todesfällen, der die Regierung dazu veranlasste, den Gesundheitsnotstand auszurufen. Die neue Richtlinie wurde in Deutschland als Lösung

gewählt und als Verbesserung angepriesen, weil dem Substitutionssystem in den letzten Jahren zunehmend die behandelnden Ärzte ausgingen.  
Wir planen weiter, im Jahr 2018 – auf Anregung der Redaktion des „Ärzteblatt Sachsen“ – ein Themenheft über Sucht und Drogen zu gestalten.

Was wir und die Suchtmedizin perspektivisch zu leisten im Stande sind, wird erheblich von der Zahl verfügbarer qualifizierter Ärzte und damit der Zahl der Studienplätze für Humanmedizin abhängen.

Dr. Frank Härtel, Zwickau, Vorsitzender  
(veröffentlicht in der Broschüre „Tätigkeitsbericht 2017“)